



- [Auf dem Radar](#)
- [Frankreich: Entspannung am Rentenmarkt, aber Zweifel bleiben](#)
- [Deutschland: Wachstumsinitiative reicht nicht für Stimmungsaufhellung](#)

- [Aktien: Favoritenwechsel](#)
- [Finanzmarktkalender](#)
- [Prognosetabelle: BIP und Inflation](#)
- [Kapitalmarktprognosen](#)
- [Neues von Research & Advisory](#)



Auf dem Radar




ca/ Auf dem Finanzmarktkalender stachen in einer an sich nachrichtenarmen Woche die US-Inflationszahlen hervor und brachten tatsächlich Bewegung in die Märkte. Zuvor lieferte Fed-Chef Powell bei dessen Anhörungen im Kongress wenig Impulse. Die US-Teuerung sank geringfügig gegenüber dem Vormonat und zum Vorjahr auf 3,0 %. Auch die Kernrate blieb mit einem marginalen Anstieg von 0,1 % unter den Erwartungen. Daraufhin preisten die Finanzmärkte direkt mehr US-Zinssenkungen ein. Der erste Schritt für den September scheint ausgemacht. Zehnjährige Treasuries rentieren rund 15 Basispunkte niedriger als in der Vorwoche, Bunds ebenso. An den Aktienmärkten dominierten die Pluszeichen. Allerdings haben diese auf zunehmende Zinssenkungserwartungen schon einmal euphorischer reagiert. Der US-Dollar verlor, insbesondere gegenüber dem Japanischen Yen. Das Britische Pfund legte zu, wohl weniger wegen der neuen Labour-Regierung oder der Finalteilnahme bei der Fußball-Europameisterschaft, sondern eher wegen kräftiger Wachstumswahlen. Der Goldpreis nähert sich über 2.400 Dollar wieder seinem Allzeithoch.

Der zweite Wahlgang zur französischen Nationalversammlung war ebenfalls mit Spannung erwartet worden. Die Finanzmärkte zeigten sich von dem ausgebliebenen Sieg der Rassemblement National und den nun unklaren Mehrheitsverhältnissen wenig beeindruckt. Der französische Anleihespread sank anders als nach dem ersten Wahlgang kaum noch. Der mutmaßliche politische Stillstand ist angesichts der Haushaltslage jedoch nicht unproblematisch (S. 2). Unklar ist übrigens auch, ob US-Präsident Biden – wie geplant – erneut kandidiert oder nicht doch noch aus gesundheitlichen Gründen zurückzieht. Neuigkeiten hierzu würden sich auf die Finanzmärkte auswirken.





In der Berichtswoche steht die EZB-Sitzung im Fokus. Allerdings ist ein Zinsentscheid kein Thema, denn die Notenbank wird nach ihrer ersten Senkung im Juni diesmal die Füße stillhalten. Interessanter werden mögliche Aussagen zu weiteren Schritten in der Zukunft sein, vor allem für den September-Termin. Die letzten Konjunktur- und Inflationsdaten der Eurozone sprachen nicht gegen eine geldpolitische Lockerung. Vermutlich werden auch die ZEW-Konjunkturerwartungen das Bild einer etwas trüberen Stimmung bestätigen (S.3). Seitens der Politik steht die Wiederwahl von Ursula von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin auf der Agenda. Aus den USA kommen

Kapitalmärkte im Wochenrückblick



Zinsen/Renten in %: aktueller Stand*, Bp. gg. Vw

3M Euribor	3,69	-2	
10j. Bundesanleih.	2,46	-15	
10j. US-Treasuries	4,21	-15	

Aktien in Landeswährung: aktueller Stand*, % gg. Vw

DAX	18.535	0,5	
Euro Stoxx 50	4.976	-0,2	
Dow Jones	39.754	1,1	
Nikkei 225	42.224	3,2	

Rohstoffe/Gold: aktueller Stand*, % gg. Vw

Gold \$/oz	2.415		
Brentöl \$/bbl	85	-2,3	

Devisen jeweils gg. Euro: aktueller Stand*, % gg. Vw

US-Dollar	1,09	-0,5	
Jap. Yen	173	1,0	
Brit. Pfund	0,84	0,7	
Schw. Franken	0,97	-0,1	

*11.07.2024

Quellen: Bloomberg, Helaba Research & Advisory

sehr viele Wirtschaftsdaten. Die Einzelhandelsumsätze dürften auf eine nachlassende Dynamik hindeuten. Neben der Industrieproduktion werden regionale Stimmungsindikatoren sowie Zahlen vom Bausektor veröffentlicht. Die offiziellen Zahlen für das chinesische BIP-Wachstum im zweiten Quartal werden vermutlich ein solides Wachstum zeigen, das nicht zu gut, aber angesichts der Probleme im Immobiliensektor auch nicht zu schlecht ausfallen wird.

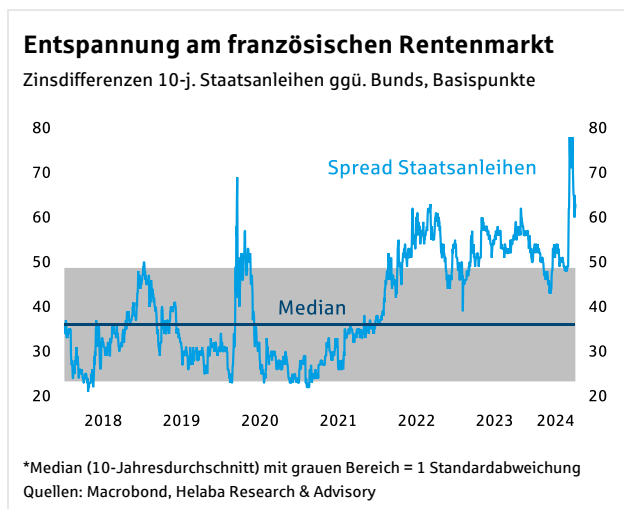
An den Märkten bleibt natürlich das Auf und Ab bei den Zinshoffnungen das große Thema. Bei Renten und Dollar scheint sich aber die Aussicht auf eine nicht mehr allzu ferne US-Zinswende zu verfestigen. Bei Aktien kommt die angelaufene Berichtserstattungssaison hinzu, die zusätzliche Impulse geben sollte (S. 4). Die allgemein freundliche Stimmung an den Finanzmärkten könnte durchaus noch länger andauern.



Frankreich: Entspannung am Rentenmarkt, aber Zweifel bleiben

cw/ Die Risikoaufschläge Frankreichs gegenüber Bundesanleihen sind zurückgegangen. Ein Parlament ohne klare Mehrheiten bedeutet aber eher Stillstand, so dass die Spreads erhöht bleiben.

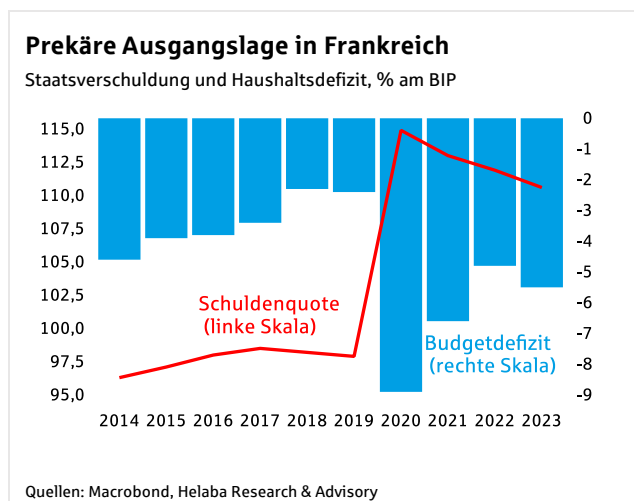
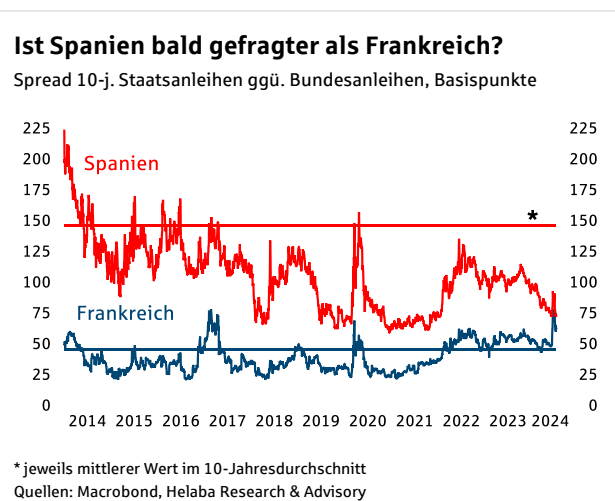
Das Ergebnis der französischen Parlamentswahlen hat zunächst zu einer Beruhigung am europäischen Rentenmarkt geführt. Das zeigen die nachgebenden Zinsaufschläge französischer Staatsanleihen gegenüber Bundesanleihen.



Vor dem ersten Wahlgang hatte die Sorge vor einer politischen Extremlösung den Rentenmärkten zugesetzt. Nun zeigt sich Erleichterung, dass sowohl das Links- als auch das Rechtsbündnis nicht auf eine eigene Stimmehrheit im Parlament kommt, um sich mit teuren Wahlversprechen die Gunst der französischen Wähler für die nächste Präsidentschaftswahl zu sichern. Eine Eurokrise bleibt dem europäischen Rentenmarkt erst einmal erspart.

Der Renditeaufschlag zehnjähriger französischer Staatsanleihen gegenüber Bundesanleihen – als Maßstab für die Risikoeinschätzung der Investoren gegenüber Frankreich – ist bis auf 65 Basispunkte zusammengeschmolzen. Kurz vor den Wahlen war dieser Spread temporär bis auf einen Rekordwert von 85 Basispunkten gesprungen. Nun ist also Entspannung angesagt.

Doch wie weit kann diese gehen? Selbst wenn Präsident Macron eine „Expertenregierung“ zusammenstellt, dürfte Frankreichs Reformpolitik erst einmal beendet sein, da sich die politischen Lager eher blockieren werden. Frankreich würde damit im Euroraum als Reformmotor und Stabilitätsanker bis auf Weiteres ausfallen, da nicht damit zu rechnen ist, dass sich beim Staatshaushalt nennenswerte Verbesserungen ergeben werden.



Dabei ist die Ausgangslage an sich schwierig genug: Mit einer Staatsschuldenquote von über 110 % und einem Haushaltsdefizit von 5,5 % des BIP ist das Land schon im Vorfeld der Wahlen von den Ratingagenturen mit einem Malus versehen worden. Zuletzt hat die Ratingagentur S&P die Kreditwürdigkeit des französischen Staates von AA auf AA- herabgestuft. Damit hat Frankreich zwar immer noch ein höheres Rating als Spanien, das mit A bewertet ist, allerdings liegt der Zinsaufschlag Spaniens gegenüber Deutschland mit 75 nur gut 10 Basispunkte höher. Am europäischen Rentenmarkt zeichnen sich Verschiebungen ab, die bislang von den Ratingagenturen noch nicht entsprechend berücksichtigt worden sind.

In den vergangenen zehn Jahren wurde Frankreich am Kapitalmarkt unter Risikogesichtspunkten als sicher und folglich mit einem geringen Risikoaufschlag gegenüber Deutschland bedacht. Im 10-Jahres-Durchschnitt betrug dieser Wert gut 35 Basispunkte. Mit den pandemiebedingten Mehrausgaben sowie den Macronschen Reformen, die die Staatsverschuldung nach oben getrieben haben, stieg dieser Wert auf durchschnittlich 55 Basispunkte und damit deutlich über den langfristigen Mittelwert.

Ein Schuldenabbau in Frankreich ist politisch nun erst einmal nicht zu erwarten. Doch nicht nur Frankreich verletzt die Maastricht-Kriterien. Die EU-Kommission hat auch gegen sieben weitere Ländern ein Strafverfahren eröffnet. Es wird immer schwieriger, angesichts der Ausgangslage den Euroraum auf einen Reform- und Stabilitätskurs einzuschwören.

Für den französischen Rentenmarkt scheint es letztlich auf zwei Szenarien hinauszulaufen: Stillstand bei einem erhöhten Risikoaufschlag um 65 Basispunkte (für etwa ein Jahr und dann womöglich wieder Neuwahlen) oder die neue Regierungsmannschaft gönnt jedem politischen Lager die Erfüllung kleinerer „Wahlversprechen“, auch um eine politische Vertrauenskrise im Land abzuwenden. Das würde letztlich zusätzlichen Druck auf französische Staatsanleihen ausüben. In einem solchen Negativszenario könnten die Risikoaufschläge noch einmal deutlicher ausschlagen und neue Spitzen ausbilden. Dann wären Anleger und die europäischen Institutionen gezwungen, Grenzen aufzeigen. Insgesamt steht zu befürchten, dass es künftig volatil am europäischen Rentenmarkt zugehen wird. Zumindest sorgt aber die EZB mit dem begonnenen Zinssenkungszyklus für etwas Milderung.

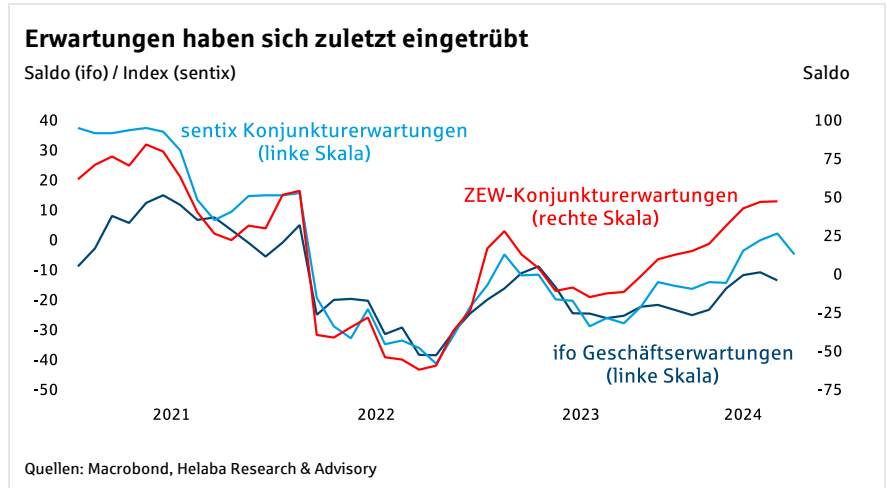


Deutschland: Wachstumsinitiative reicht nicht für Stimmungsaufhellung

saz/ Die jüngsten Wirtschaftsindikatoren signalisieren eine Verschlechterung der Konjunktur. Das Maßnahmenpaket „Wachstumsinitiative“ dürfte jedoch für etwas Optimismus sorgen.

Im vergangenen Monat verzeichneten die ZEW-Konjunkturerwartungen nur einen schwachen Anstieg. Die seitdem veröffentlichten Stimmungskennzahlen für Juni (ifo Geschäftsklima und Einkaufsmanagerindizes) fielen alle negativ aus. Zudem sind jüngst schon die neusten Daten der sentix Konjunkturerwartungen für Juli erschienen. Dieser Index korreliert stark mit den ZEW-Konjunkturerwartungen und hat deutlich eingebüßt. Die befragten Finanzmarktexperten sind demnach im Durchschnitt pessimistischer als noch letzten Monat.

Auch die letzten realwirtschaftlichen Indikatoren enttäuschten. Beispielsweise erreichte die preisbereinigte Produktion im Produzierenden Gewerbe im Mai den tiefsten Stand seit Frühling 2020. Gleichmaßen waren die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe im Mai niedriger als erwartet. Die Indikation



für die anstehenden ZEW-Konjunkturerwartungen fällt also denkbar schlecht aus.

Ein Lichtblick könnte die sogenannte Wachstumsinitiative sein, die im Rahmen der Haushaltseinigung vorgestellt wurde. Das Maßnahmenpaket soll für mehr wirtschaftliche Dynamik in Deutschland sorgen und strukturelle Probleme adressieren.

Private Investitionen sollen durch eine Verlängerung der degressiven Abschreibung bis 2028 angekurbelt werden, wobei der Satz von 20 % auf 25 % angehoben wird. Zudem sollen Sammelabschreibungen ermöglicht und die maximale Forschungszulage erhöht werden. Darüber hinaus beabsichtigt die Bundesregierung, die Bauwirtschaft zu stärken, indem Baukosten gesenkt und Bauplanungs- und -genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Allgemein steht Bürokratieabbau auf dem Plan. Hierzu möchte die Regierung ein Bürokratie-Entlastungsgesetz vorlegen, das gewährleisten soll, dass die Belastung durch Regulierungen Jahr für Jahr abnimmt. Des Weiteren sollen durch diverse punktuelle Maßnahmen die Arbeitsanreize verbessert werden, um die Aufnahme sowie die Ausweitung einer Erwerbstätigkeit attraktiver zu machen. Im Fokus sind hier insbesondere Teilzeitkräfte, ausländische Fachkräfte, Geflüchtete, Bürgergeldbezieher und Erwerbstätige kurz vor der Rente.

Die Bundesregierung erhofft sich einen Gesamteffekt, der das langfristige Wachstumspotenzial der deutschen Volkswirtschaft um 0,5 Prozentpunkte erhöht. Die Wachstumsinitiative sollte demnach nicht als kurzfristiges Konjunkturprogramm interpretiert werden. Zudem bedarf es noch der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat. Ob und wann alle Maßnahmen umgesetzt werden, ist also unklar. Die meisten Anpassungen dürften frühestens 2025 greifen.

Mit Blick auf die ZEW-Konjunkturerwartungen dürfte die Nachricht über die Wachstumsinitiative nicht genügen, die eindeutig negative Indikation der anderen Stimmungs- und realwirtschaftlichen Indikatoren zu überschatten. Deshalb erwarten wir, dass der ZEW-Index am Dienstag deutlich auf schätzungsweise 41 Punkte fallen wird.

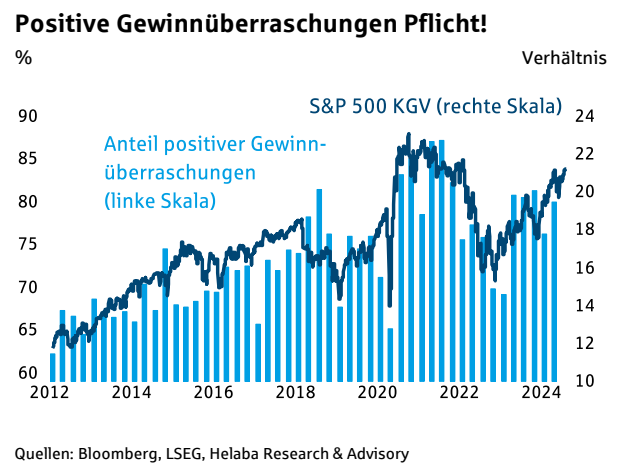


Aktien: Favoritenwechsel

mr/ Die bisherigen Börsenlieblinge haben zuletzt etwas an Anziehungskraft verloren. Starten jetzt die Nachzügler durch? Wichtige Kursimpulse werden von der US-Berichtssaison ausgehen.

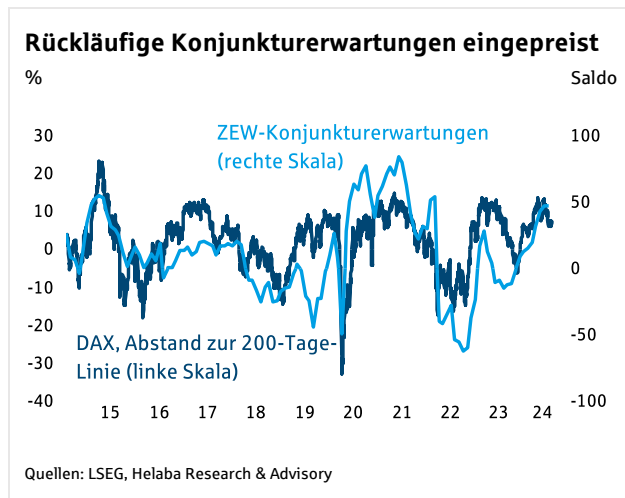
Niedriger als erwartet ausgefallene US-Inflationsdaten haben den Zinssenkungshoffnungen neue Nahrung gegeben. Freudensprünge auf Gesamtmarktebene blieben gleichwohl aus. Vielmehr nahmen US-Anleger dies zum Anlass, von den bislang bevorzugten Schwergewichten des S&P 500 in eher vernachlässigte Sektoren umzuschichten. So verloren die sogenannten Magnificent 7 gegenüber dem Vortag satte 3,5 %, während der S&P 500 ohne diese Titel leicht zulegte. Insgesamt ist diese Rotation mit Blick auf die Bewertung des S&P 500 als positiv zu werten. Schließlich stehen Technologie- bzw. AI-Titel unter Überhitzungsverdacht und die zum Teil recht hohe Bewertung lässt nicht nur den S&P 500 als Ganzes teuer erscheinen, sie birgt auch Enttäuschungspotenzial.

Daher dürften in der gerade angelaufenen Quartalsberichtssaison die Ergebnisse aber auch die Ausblicke der US-Unternehmen besonders unter die Lupe genommen werden. Bisher liegt erst ein kleiner Teil der Berichte vor (4 %). Das Gros davon (80 %) konnte die Erwartungen übertreffen. Um die zumindest optisch hohe Bewertung des S&P 500 zu rechtfertigen, ist auch in den kommenden Wochen, wenn die Berichterstattung Fahrt aufnimmt, ein hohes Maß an positiven Überraschungen nötig.



Hierzulande lassen die Unternehmensergebnisse noch etwas auf sich warten. Aus dem DAX berichtet das erste Unternehmen am 19. Juli. Daher dürften die EZB-Sitzung und der ZEW-Index aus europäischer Sicht die Highlights bilden. Wieder etwas schwächere Daten zu den Konjunkturerwartungen, wie sie bereits vom Konsens erwartet

werden, dürfte der DAX mit der Konsolidierung der vergangenen Wochen bereits hinreichend gewürdigt haben, so dass hier kaum negatives Überraschungspotenzial droht. Dass der Markt von der EZB Zinssenkungshinweise erhält, die das bisherige Ausmaß übertreffen, ist ebenfalls unwahrscheinlich. Vielleicht würde eine Bestätigung des von den Marktteilnehmern antizipierten Kurses aber schon reichen, um Aktien weitere Kursgewinne zu bescheren. Schließlich ist die DAX-Bewertung moderat und das technische Bild hat sich jüngst wieder aufgehellt, nachdem sich die 100-Tage-Linie als tragfähige Unterstützung erwiesen hat und die 50-Tage-Linie wieder überwunden wurde. Die Börsenampeln stehen somit weiter auf Grün.





Finanzmarktkalender

Zeit	Land	Periode	Indikator	Helaba-Prognose	Bloomberg Consensus	Vorperiode
Montag, 15.07.2024						
04:00	CH	Q2	BIP % gg. Vq. % gg. Vj.	0,9 5,6	1,0 5,1	1,6 5,3
11:00	EZ	Mai	Industrieproduktion % gg. Vm., sb % gg. Vj., sb	-1,0 -3,9	-1,0 k.A.	-0,1 -2,9
14:30	US	Jul	Empire-State-Umfrage; Index	-10,0	-8,0	-6,0
22:35	US		San-Francisco-Fed-Präsidentin Daly			
Dienstag, 16.07.2024						
11:00	DE	Jul	ZEW-Saldo der Konjunkturerwartungen	41,0	42,8	47,5
14:30	US	Jun	Einzelhandelsumsätze, % gg. Vm.	-0,4	-0,2	0,1
14:30	US	Jun	Einzelhandelsumsätze ohne Pkws, % gg. Vm.	-0,1	0,1	-0,1
16:00	US	Jul	NAHB Housing Index	43	43	43
16:00	US	Mai	Lageraufbau; % gg. Vm.	0,3	0,3	0,3
20:45	US		Fed-Gouverneurin Kugler			
Mittwoch, 17.07.2024						
14:30	US	Jun	Baubeginne % gg. Vm. Tsd (JR)	1,8 1300	1,8 1300	-5,5 1277
14:30	US	Jun	Baugenehmigungen % gg. Vm. Tsd (JR)	3,6 1450	-0,3 1395	-2,8 1399
15:00	US		Richmond-Fed-Präsident Barkin			
15:15	US	Jun	Industrieproduktion, % gg. Vm.	0,5	0,3	0,7
15:15	US	Jun	Kapazitätsauslastung; %	78,6	78,5	78,2
15:35	US		Fed-Gouverneur Waller			
20:00	US		Beige Book			
Donnerstag, 18.07.2024						
14:15	EZ		EZB-Sitzung Hauptrefinanzierungssatz Einlagensatz	4,25 3,75	4,25 3,75	4,25 3,75
14:30	US	Jul	Philadelphia-Fed-Umfrage; Index	5,0	2,9	1,3
14:30	US	13. Jul	Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung, Tsd	230	k.A.	222
16:00	US	Jun	Index der Frühindikatoren, % gg. Vm.	-0,3	-0,3	-0,5
19:45	US		Dallas-Fed-Präsidentin Logan			
Freitag, 19.07.2024						
00:05	US		San-Francisco-Fed-Präsidentin Daly			
01:45	US		Fed-Gouverneurin Bowman			
08:00	DE	Jun	Erzeugerpreise % gg. Vm. % gg. Vj.	0,2 -1,6	0,2 k.A.	0,0 -2,2
16:40	US		New-York-Fed-Präsident Williams			
19:00	US		Atlanta-Fed-Präsident Bostic			
im Laufe der Woche						
08:00	DE	Mai	Einzelhandelsumsatz % gg. Vm., real sb % gg. Vj., real sb	0,0 -0,6	0,0 k.A.	-0,2 0,4

Quellen: Bloomberg, Helaba Research & Advisory



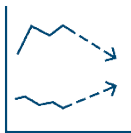
Prognosetabelle: BIP und Inflation

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
	reale Veränderung gg. Vorjahr, %				Veränderung gg. Vorjahr, %			
	2022	2023	2024p	2025p	2022	2023	2024p	2025p
Eurozone	3,5	0,6	0,8	1,4	8,4	5,4	2,4	2,4
Deutschland	1,9	0,0	0,5	1,4	6,9	5,9	2,3	2,3
Frankreich	2,6	1,1	0,9	1,2	5,9	5,7	2,5	2,7
Italien	4,1	1,0	0,9	1,2	8,7	5,9	1,3	2,6
Spanien	5,8	2,5	2,3	1,5	8,3	3,4	3,0	2,7
Niederlande	4,4	0,2	0,2	1,7	11,6	4,1	3,0	2,3
Österreich	4,9	-0,7	0,3	1,7	8,6	7,8	3,3	2,6
Schweden	1,6	0,1	1,0	2,0	8,4	8,5	3,3	1,8
Polen	5,9	0,1	2,7	3,4	14,4	11,4	4,0	4,0
Tschechien	2,4	-0,2	1,3	2,8	15,1	10,7	2,6	2,4
Ungarn	4,6	-0,7	2,3	3,3	14,5	17,6	4,0	3,8
Großbritannien	4,3	0,1	0,7	1,2	9,1	7,3	2,8	2,5
Schweiz	2,4	1,3	1,5	1,4	2,8	2,1	1,2	1,2
USA	1,9	2,5	2,5	2,2	8,0	4,1	3,2	2,5
Japan	1,2	1,8	0,2	1,3	2,5	3,3	2,2	2,0
Asien ohne Japan	3,7	4,8	4,6	4,5	3,7	2,0	2,0	2,3
China	3,0	5,2	5,0	4,8	2,0	0,2	0,7	1,7
Indien*	7,1	8,2	6,8	6,3	6,7	5,7	4,8	4,4
Russland	-2,1	3,0	3,0	2,0	13,7	5,9	7,0	4,5
Türkei	5,6	4,5	2,4	3,7	72,4	53,9	55,0	27,0
Lateinamerika**	3,7	2,1	1,7	2,5	14,9	18,3	26,1	8,2
Brasilien	2,9	2,9	2,2	2,0	9,0	4,6	4,0	3,5
Welt	3,0	3,0	2,9	3,1	7,0	5,0	4,7	3,0

Welt: gewichtet auf PPP-Basis, ab Juni 2023 Umstellung auf Basisjahr 2017; Verbraucherpreise Welt ohne Türkei

*Indien: Financial Year; ** Lateinamerika wegen Hyperinflation ohne Venezuela; p=Prognose, BIP-Wachstum soweit verfügbar kalenderbereinigt

Quellen: Macrobond, LSEG, Helaba Research & Advisory



Kapitalmarktprognosen

	Veränderung seit ...		aktueller Stand**	Q3/2024	Q4/2024	Q1/2025	Q2/2025
	31.12.2023	Vorwoche*					
Zinsen	Basispunkte		%				
EZB Refi-Satz	-25	0	4,25	3,65	3,40	3,15	2,90
EZB Einlagenzins	-25	0	3,75	3,50	3,25	3,00	2,75
Tagesgeldsatz €STR	-22	0	3,66	3,40	3,20	3,00	2,75
3M Euribor	-22	-2	3,69	3,30	3,05	2,75	2,75
6M Euribor	-19	-1	3,68	3,30	3,05	2,75	2,80
2j. Bundesanleihen	39	-15	2,79	2,40	2,30	2,30	2,40
5j. Bundesanleihen	49	-15	2,44	2,25	2,30	2,30	2,40
10j. Bundesanleihen	44	-15	2,46	2,20	2,30	2,30	2,40
2j. Swapsatz	30	-14	3,10	2,80	2,70	2,70	2,75
5j. Swapsatz	34	-14	2,77	2,60	2,70	2,70	2,75
10j. Swapsatz	24	-12	2,73	2,55	2,70	2,70	2,80
20j. Swapsatz	18	-10	2,70	2,50	2,65	2,70	2,80
30j. Swapsatz	15	-8	2,49	2,30	2,45	2,45	2,55
Fed Funds Target Rate	0	0	5,38	5,13	4,88	4,63	4,38
10j. US-Treasuries	33	-15	4,21	4,40	4,20	4,00	4,00
Aktien	Landeswährung, %						
DAX	10,6	0,5	18.535	18.700	19.000	19.300	19.500
Euro Stoxx 50	10,1	-0,2	4.976	5.100	5.200	5.250	5.300
Dow Jones	5,5	1,1	39.754	40.000	40.500	40.800	41.100
S&P 500	17,1	0,9	5.585	5.600	5.650	5.700	5.750
Nikkei 225	26,2	3,2	42.224	40.000	40.500	40.900	41.300
Gold und Brentöl	%						
Gold €/Unze	18,9	1,9	2.222	2.091	2.182	2.182	2.087
Gold \$/Unze	17,1	2,5	2.415	2.300	2.400	2.400	2.400
Brentöl \$/Barrel	10,9	-2,3	85	90	91	91	92
Devisen	jeweils gg. Euro, %		jeweils gg. Euro				
US-Dollar	1,6	-0,5	1,09	1,10	1,10	1,10	1,15
Japanischer Yen	-9,8	1,0	173	162	158	154	155
Britisches Pfund	3,0	0,7	0,84	0,87	0,88	0,88	0,88
Schweizer Franken	-4,7	-0,1	0,97	0,98	1,01	1,01	1,02

* 04.07.2024 ** 11.07.2024

Quellen: Bloomberg, Helaba Research & Advisory



Neues von Research & Advisory

Links zu kürzlich erschienenen Analysen

→ [Corporate Schuldschein: Primärmarkt Q2 2024](#)

Wir sind für Sie da:

Themengebiete	Autoren/-innen	Durchwahl 069/9132-
Chefvolkswirtin/Head of Research & Advisory	Dr. Gertrud R. Traud (gt)	20 24
Rentenstrategie	Ulf Krauss (uk)	47 28
Aktienstrategie	Markus Reinwand (mr), CFA	47 23
Devisenstrategie, Großbritannien	Christian Apelt (ca), CFA	47 26
Gold	Claudia Windt (cw)	25 00
Immobilien	Dr. Stefan Mitropoulos (smi)	46 19
Rohöl	Ralf Umlauf (ru)	11 19
Unternehmensanleihen	Ulrich Kirschner (uki), CFA	28 39
Bankanleihen	Dr. Susanne Knips (sk)	32 11
Deutschland, Eurozone, Branchen	Dr. Stefan Mütze (smü)	38 50
	Simon Azarbayjani (saz)	79 76
USA, China	Patrick Franke (pf)	47 38
Nordeuropa, Zentraleuropa	Marion Dezenter (md)	28 41
Emerging Markets	Patrick Heinisch (ph)	74 27
	Viola Julien (vj)	20 32
Geopolitik	Ralf Schuster (rs)	28 88
Finanzplatz Frankfurt	Ulrike Bischoff (ub)	52 56

Herausgeber und Redaktion

Helaba Research & Advisory

Redaktion:

Dr. Stefan Mütze

Verantwortlich:

Dr. Gertrud R. Traud

Chefvolkswirtin/

Head of Research & Advisory

Neue Mainzer Str. 52-58

60311 Frankfurt am Main

Tel. 069/91 32-20 24

Internet: <http://www.helaba.de>

Disclaimer

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.



Hier können Sie sich für unsere Newsletter anmelden:

<https://news.helaba.de/research/>